



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Zu allem Unglück noch der Hohn.

Wer die Unternehmerblätter ständig liest, kann oft sehr lehrreiche und interessante Feststellungen machen, die zu merken für uns Arbeiter wichtig und nützlich sind. Wir verraten niemand ein Geheimnis, wenigstens den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen nicht, daß so ein Unternehmerblatt von der ersten bis zur letzten Zeile offen oder versteckt einen ständigen Krieg gegen die Gewerkschaften führt. Das nimmt den Herren Unternehmern und ihren Goldschreibern keiner von uns übel, werden sie doch auch von uns ständig bedroht und müssen sie doch jederzeit auf der Hut sein, damit ihnen die freigewählten Arbeiter nicht den dreimal geheiligten Profit schmälern. Bei dem ungleichen Kampf aber, denn immer noch sind die Unternehmer mit ihrer großen Hüfstruppe der Unorganisierten die Stärkeren, werden von uns, um bestehen und kleine Erfolge erringen zu können, die größeren Opfer gefordert. Uns stehen große Hilfsmittel nicht zur Verfügung, unsere Presse ist nur klein, die Stimme der Unternehmer reicht weiter. Sie wissen mit ihren Zeitungen, die sie aushalten, die große Öffentlichkeit besser zu beeinflussen. Ihre großartige Reklame steht obnegleichen da, als vorüberliche Sprecher der deutschen Wirtschaft reden sie mit einer vor Trauer tremolierenden Stimme von ihrer großen Not und malen schwarze Bilder von der Zukunft des deutschen Volkes, die in den Vordergrund führen wird, wenn den unmäßigen Forderungen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften nicht energisch Einhalt geboten wird.

Bei allen Verhandlungen mit den Unternehmern können unsere Vertreter diese Lüge hören, man kannte ihre Redewendungen schon auswendig, die manchmal sogar protest anmuteten. Besonders lebhaft sind die Klagen der Herren über die drückende steuerliche Belastung, über die hohen Sozialabgaben usw., und einer Entgegnung der Arbeitervertreter, daß sie diese Lasten doch alle auf die Arbeiterschaft abwälzen, begegnen sie mit einem milden Lächeln, das man Deuten zeigt, die davon nichts verstehen und sie etwas begreifen lernen. Hin und wieder verplappert sich einer und sagt aus uns unbegreiflichen Gründen die Wahrheit, wie jüngst Dr. h. c. Meesmann im „Arbeitgeber“, der dort über die Berufsgenossenschaften schrieb. Schon die Einstellung der Unternehmer zu diesem Zweig der Sozialversicherung ist interessant. Der Verfasser kommt nämlich, nachdem er der jüngeren Generation der Unternehmer die Tatsache mitgeteilt hat, wie dieser neutrale Boden der Unfallversicherung die Organisation unserer wirtschaftlichen und Arbeitgeberverbände gefördert, ja manchmal erst ermöglicht hat, und er darum eine stärkere Teilnahme der Unternehmerverbände an den Berufsgenossenschaften wünscht, zu folgendem schönen Schluß:

„Die Berufsgenossenschaften stellen sich demnach dar als ein Hort und Bollwerk des Unternehmertums gegen die sozialistische Einstellung unserer heutigen Gesetzgeber. Fallen sie einer sinnlosen Gleichmacherei und Parteilichkeit zum Opfer, so haben die Unternehmer die Recht zu fragen.“

Ei, sieh da, die Unternehmer betrachten also die Berufsgenossenschaften, in denen sie ja nur allein zu bestimmen haben, als ein bloßes Anhängsel wirtschaftlicher Berufsverbände, eigens zu dem Zweck geschaffen, einen sogenannten neutralen Boden zu haben, auf dem sie ihre Organisation ausbauen können. Wir werden uns diesen Anspruch von einem Herrn, der es ja wissen muß, merken, bekanntlich sind es ja sonst die Arbeiter, die in der Sozialversicherung wie z. B. in den Krankentafeln, eine sozialdemokratische Mitwirkung treiben. Und dann gibt uns der Herr Auskunft darüber, wer eigentlich die Versicherungsbeiträge aufbringt, selbst für die Berufsgenossenschaften, die doch nur von den Beiträgen der Unternehmer erhalten werden. Herr Meesmann sagt nämlich:

„Neben der absoluten Höhe der Belastung, die für die gesamte Wirtschaft von größter Bedeutung ist, kommt es beim einzelnen Betrieb aber auch auf das Verhältnis zur Lohnsumme an, denn die Lasten zur Sozialversicherung sind ja streng genommen ein Teil des Lohnes.“

Dieser Ausführung können wir vorbehaltlos zustimmen. Es ist unseres Wissens zum erstenmal mit dieser Deutlichkeit in einer Arbeitgeber-Zeitschrift ausgesprochen worden, daß die Kosten der Sozialversicherung als Lohnbestandteile anzupreisen sind. Wenn man dieser Beweisführung zustimmt, und es scheint ja so, daß die Schriftleitung des „Arbeitgeber“ das tut, denn sonst hätte sie ihren gegenteiligen Standpunkt wohl zum Ausdruck gebracht, dann gibt man auch zu, daß das Gesetz über die hohen sozialen Lasten unberechtigt ist, daß ein Abbau der Sozialversicherung Lohnabbau, Lohndruck an der empfindlichsten Stelle ist.

Nun wissen wir auch wie die einstimmig angenommene Entschlieung der Unternehmer im Buchdruckgewerbe auf ihrer Generalsammlung in Eisenach zu werten ist, in der Protest erhoben wird gegen die Art, wie in neuerer Zeit Gesetze auf sozialpolitischem Gebiete zustande kommen und in der gesagt wird, daß jede weitere Belastung unausbleiblich zu schwerer Schädigung der Gesamtwirtschaft führen muß. Wenn die Unternehmer von Wirtschaft reden, meinen sie immer sich selbst. Diese Ausdrucksform erklärt uns ihre schlichte Art und Bescheidenheit.

Den Klagen über die unerträglich hohen Soziallasten, unter denen die deutsche Wirtschaft angeblich zum Erliegen kommt, reiht sich das Gemächler der Unternehmer über die Sprechpraxis der Schlichtungsinstanzen würdig an. Die Herren behaupten, durch die Schlichtungspraxis zu Lohnsätzen, Einhaltung von Arbeitsbestimmungen, einer Arbeitszeit, ja überhaupt zur Anerkennung von ganzen Tarifen gezwungen zu sein, so daß ihnen die Luft zum Leben genommen und die Erhaltung ihrer Betriebe unmöglich gemacht wird. Nach unseren letzten Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe vor dem Reichsarbeitsministerium und der erfolgten Verbindlichkeitsklärung konnten wir so einiges darüber von unseren Unternehmern hören und lesen. Wie sich die Unternehmer die Praxis eines Schlichters vorstellen, erzählt uns die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in der Nr. 42 vom 17. Oktober. Sie nimmt dort kurz Stellung zu einer Notiz in der „Sächsischen Staatszeitung“, die die Qualifikation des Schlichters in der Kunst des Kompromisses sieht. Das gefällt den Unternehmern durchaus nicht, denn, so lesen wir in dem genannten Unternehmerblatt:

„Dabei können die Gewerkschaften allerdings auf ihre Kosten kommen! Gott sei Dank zeigt aber die Schlichtungspraxis in der letzten Zeit, daß diese Ansicht von den staatlichen Schlichtungsinstanzen in steigendem Maße nicht mehr geteilt wird. Sie beginnen nachgerade doch mehr und mehr in der Tragfähigkeit der Wirtschaft die Grenze für ihre Entscheidungen zu erblicken. Möge sich diese Entwicklung immer mehr durchsetzen! Nur damit wäre dem staatlichen Schlichtungsweisen wie auch der Allgemeinheit gedient.“

Nach diesem Ausspruch ist es wohl nun jedem klar, was die Unternehmer von den staatlichen Schlichtern verlangen; sie sollen nicht Organe des Staates sein, die den Arbeitsfrieden aufrecht erhalten, o nein, die Herren beanspruchen mehr, sie denken sich die Schlichtungsinstanzen als Einrichtungen der Unternehmerverbände, die nach ihren Wünschen zu handeln haben. Die Befürchtungen der Arbeiterschaft, daß die staatlichen Schlichter immer mehr auf die für die deutsche Wirtschaft gerabegte unheilvollen Forderungen der Unternehmer eingehen, sind nach obigen Zitat durchaus berechtigt und der Herr Reichsarbeitsminister braucht sich nicht zu wundern, wenn bei den Gewerkschaften jedes Vertrauen zu den Schlichtungsinstanzen schwindet.

Die Einstellung der Unternehmer zum Erwerbslosensproblem dürfte bekannt sein. Sie läßt sich einfach und leicht mit dem Wort „Hilf dir selbst“ überlegen. Die Schaffung einer Erwerbslosenversicherung bedeutet ihnen eine neue soziale Last, schon die staatliche Fürsorge für die Arbeitslosen und die Unterstützungsdauer bekämpfen sie auf das entschiedenste. Sie sind nicht gegen die hohen Pensionen für ehemalige wilhelminische Offiziere, die dem Staat Millionen kosten, obwohl diese Leute für die deutsche Wirtschaft nichts, aber auch gar nichts tun; sie sind auch nicht gegen die ungeheuren Forderungen der abgehalfterten deutschen Fürsten, die

bestimmt für die deutsche Wirtschaft keinen Finger rühren, aber sie erklären sich offen gegen eine ganz unzureichende Unterstützung notleidender Arbeitsloser, die sich danach drängen, von der Unterstützung loszukommen und in den Produktionsprozess wieder eingereicht zu werden. Dafür nennt sie das genannte Blatt der Unternehmer Staatspensionäre und will es absolut nicht verstehen, daß man für sie eine Verlängerung der Unterstützungsdauer fordert. Es behauptet, daß

„es sich gerade bei den ausgesetzten Erwerbslosen vielfach um Personen handelt, die am wenigsten einer solchen „Bergünstigung“ würdig wären.“

Und damit man auch weiß, warum viele Arbeitslose ein Jahr und länger ohne Beschäftigung sind und nicht auf den Gedanken kommen, daß etwa die Unternehmer schuld an diesen Zuständen sind, sagt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ weiter:

„Zeigt doch die recht beträchtliche Fluktuation unter den Unterstützungsempfängern in der Erwerbslosenfürsorge ganz klar, daß der, der Arbeit finden will, innerhalb der jetzigen Höchstunterstützungsdauer solche in aller Regel auch finden kann, abgesehen vielleicht von den Angehörigen einiger weniger Berufszweige.“

Also merkt es euch, ihr Faulenzer, die ihr auf Kosten des Staates ein gutes Leben führt, ihr bestümmert euch nicht um Arbeit, die Unternehmer haben euch durchschaut. Der Hohn, der aus den Zeilen des Unternehmerblattes spricht, trifft die, die guter Hoffnung sind, ohne ihre gewerkschaftliche Organisation auszukommen. Uns sind solche Aussagen der Unternehmer sehr unwillkommen, wir werden für mögliche Verbreitung sorgen. Solange die Unternehmer in der beschriebenen Art die Gewerkschaften bekämpfen, ist uns nicht bange. Sie tun uns damit sogar einen Gefallen. Die Herren werden eines Tages sehr erstaunt sein über ihre Erfolge im Kampf gegen die Gewerkschaften.

Schutzmaßnahmen für die erwerbslose Jugend.

Eine der schädlichen Folgen der langwierigen Wirtschaftskrise stellt zweifellos die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen dar. Diese ist in einem derartig ungewöhnlich großen, von den Verhältnissen eines normalen Wirtschaftslebens so stark abweichenden Umfang angewachsen, daß sie eine Gefahr für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft und für das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben bedeutet, wenn nicht alsbald wirksame Maßnahmen zu ihrer Beseitigung ergriffen werden. Die Bremer Arbeiterkammer weist auf diese Tatsache in einem Schreiben an den Bremer Senat mit eindringlichen Worten hin und macht Vorschläge, wie dem zu beheben sei. Wir entnehmen diesem außerordentlich interessanten Schriftstück folgende Ausführungen:

„Durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit sind viele Jugendlichen nicht nur in ihrer Berufsausbildung gehemmt, sondern auch auf dem besten Wege, erworbene Kenntnisse zu verlieren. Sie werden von jeglicher regelmäßigen Tätigkeit entzogen und dadurch in ihrer Arbeitskraft und Arbeitsfreude erheblich geschwächt. Wegen des Fortfalls der erzieherischen Auswirkungen der Berufsausbildung und des Aufhörens einer geordneten Lebensführung sind sie zudem in hohem Maße der Gefahr sittlicher Verwahrlosung ausgesetzt, um so mehr, als schon die Schulausbildung und die ältere Erziehung während des Krieges zum Teil ungenügend waren. Aus diesen Gründen bildet die Fürsorge für die erwerbslose Jugend eines der wichtigsten Probleme unseres heutigen sozialen Lebens, und es ist daher unverständlich, daß die Reichsregierung in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm in keiner Weise die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen berührt hat. Um so mehr aber ist es notwendig, daß von den Ländern und Gemeinden diesbezügliche Schutzmaßnahmen getroffen werden. Die jugendlichen Erwerbslosen setzen sich zusammen einmal aus solchen Jugendlichen, die nach der Schulentlassung überhaupt keine Lehrstelle oder regelmäßige

Beschäftigung gefunden haben, es sind das in erster Linie die 14- bis 16jährigen, weiter aus ungelerten oder bestenfalls angelernten Arbeitern und schließlich aus jugendlichen Facharbeitern bzw. Angestellten. Für alle diese Gruppen sind Maßnahmen notwendig, die ihnen eine möglichst im Dienst ihrer allgemeinen und beruflichen Fortbildung und ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung stehende regelmäßige Beschäftigung bieten. Als solche Maßnahmen kommen in erster Linie die Einrichtung von theoretischen und praktischen Lehr- und Fortbildungskursen, die Abhaltung von Vorträgen allgemeinerbildungswertiger sowie berufsbildenden Inhalts, Ausübung von Sport und Gemeinschaftsspielen unter fachverständiger Leitung, Übernahme von Ausflügen und Führungen, die Errichtung von Tagesaufenthaltsräumen mit guten Volksbibliotheken, schließlich die Leistung produktiver Nothstandsarbeit, bei der allerdings der Hauptzweck auf den erzieherischen Charakter der Arbeit zu legen ist, und ähnliches in Betracht. Zweck aller Maßnahmen muß sein, die Jugendlichen für einen wesentlichen Teil des Tages zu regelmäßiger geordneter Tätigkeit heranzuziehen, um sie vor den geschilderten Gefahren des unregelmäßigen Müßigganges zu bewahren. Entsprechend dieser Forderung sind von den obengenannten Maßnahmen für jugendliche Facharbeiter und Angestellte einmal mehrwöchentliche nach den Berufen der Erwerbslosen zu differenzierende Fortbildungskurse, die sich nach Möglichkeit auf Theorie und Praxis der in Frage kommenden Berufsarbeit und daneben auch auf Vermittlung allgemeinerbildungswertiger Kenntnisse erstrecken, einzurichten. Diese Fortbildungskurse wären mit Tagelohnveranstellungen (Turn- und Spieftunden, Ispausausflüge, Führungen) zu verbinden. Entsprechende Kurse sind auch für die obengenannten beiden anderen Gruppen einzurichten. Für weibliche ungelernete Erwerbslose wären Kurse in Hauskunde, Schneiderei usw. abzuhalten. Um die Jugendlichen einerseits überhaupt erst in den Stand zu setzen, den körperlichen und geistigen Anforderungen der Auszubildenden gerecht zu werden und andererseits die Arbeitsfreude und den Eifer der Jugendlichen zu erhöhen, erscheint es der Kammer insbesondere angeht, der unzulänglichen Erwerbslosenunterstützungen gerade der Jugendlichen unbedingt nötig, diesen im Falle ihrer Teilnahme an den Veranstaltungen besondere Zuwendungen in Form von Freimahlzeiten (Mittagessen, Besperbrot) zu gewähren. Soweit Mittel dafür von der Erwerbslosenfürsorge nicht zur Verfügung gestellt werden können, muß der bremische Staat für ihre Beschaffung Sorge tragen."

Internationale soziale Bewegung.

Die letzten Wochen erhielten für die soziale Bewegung besondere Bedeutung durch eine Reihe wichtiger nationaler und internationaler

Kongresse der freien Gewerkschaften.

Der unter diesen besonders wichtige englische Gewerkschaftskongreß zog eine stärkere Konzentration der gewerkschaftlichen Macht beim Generalrat in Erwägung, lehnte eine solche Maßnahme jedoch vorläufig bis zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks ab. Ein ähnlicher Antrag beschäftigte den schwedischen Gewerkschaftskongreß und wurde auch dort zur weiteren Prüfung zurückgestellt. Sowohl auf dem englischen wie auf dem schwedischen Kongreß wurde die gewerkschaftliche Konzentration — die übrigens jüngst einen neuen Fortschritt durch den Anschluß des österreichischen Verbandes der Maschinenisten und Heizer an den österreichischen Metallarbeiterverband zu verzeichnen hat, während die Einigung der bulgarischen Gewerkschaften schließlich doch noch scheiterte — befürwortet, wobei in England die

Schaffung eines nationalen Einheitsverbandes abgelehnt wurde. Auch der Kongreß der freien Gewerkschaften Rumaniens und die Internationale der Bauarbeiter nahmen gegen die Aufspaltung der organisierten Arbeiter in zahlreiche kleine Verbände Stellung. Was schließlich die viel erörterte Frage der Verschmelzung der Moskauer und der Amerikaner der gewerkschaftlichen Internationale bzw. der entsprechenden Berufsverbände anbelangt, so nahmen sowohl die englischen und die rumänischen Gewerkschaften, wie die Internationale der Bauarbeiter und des Post-, Telegraphen- und Telefonpersonals abwartende Haltung ein — das Verhältnis der Gewerkschaftszentralen zueinander soll zuvor geklärt werden. Auf allen diesen Kongressen fand die Arbeitszeitfrage besondere Beachtung und wurde die Forderung nach Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagsabkommens immer wieder laut. Vor allem forderten die Tagungen der Internationalen Landarbeiterföderation und der Internationalen Transportarbeiterföderation die Durchföhrung des Achtstundentages für die Landarbeiter, Seelenle und Eisenbahner. Auf der internationalen Tagung der Transportarbeiterverbände wurde auch eine eingehende Untersuchung der Arbeitsverhältnisse bei den Eisenbahnen durch das Internationale Arbeitsamt und die Verbesserung der sozialen Bestimmungen des deutschen Reichsbahngesetzes gefordert. Einen interessanten Beschluß in der Arbeitszeitfrage faßte der amerikanische Gewerkschaftskongreß; er befürwortet und strebt an die allgemeine Durchföhrung der fünfjährigen Arbeitswoche mit 40 Arbeitsstunden. Die Erörterung von Lohnfragen gewann angesichts der besonders schlechten Lohnverhältnisse der Landarbeiter für deren internationale Tagung besondere Bedeutung, die Festsetzung von Minimallöhnen für die Landwirtschaft wurde gefordert. Die gleiche Forderung stellten angesichts der niedrigen Löhne auch der bulgarische Gewerkschaftskongreß, der außerdem die Anerkennung der Kollektivverträge verlangt. Für den Landarbeiterkongreß waren ferner die Frage des Arbeiters, besonders des Frauen- und Kinderarbeiters von Wichtigkeit, die schleunige Unterzeichnung der diesbezüglichen internationalen Abkommen wurde gefordert. Auf allen diesen Tagungen wurde gegen die vielfältige Bedrückung und Entrechtung der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern, vor allem im faschistischen Italien, Protest erhoben. Die Vertreibung von 250 Landarbeiterfamilien, die den faschistischen Gewerkschaften nicht beitreten wollten, ist der neueste Gewaltakt des Faschismus. Die

Arbeitsmarktlage.

die gleichfalls auf den genannten Kongressen ein wichtiges Problem bildete, war in den letzten Wochen uneinheitlich. Polen, das aus dem englischen Bergarbeiterstreik Gewinn zieht, Deutschland, wo sich eine Konjunkturbesserung ganz allmählich auf dem Arbeitsmarkt ankündigt, Desterreich und Schweden zeigen verringerte Arbeitslosenziffern. In England erfuhr einige Industrien infolge der Kohlenzufuhr einige Belegung, so daß die Arbeitslosenziffer Ende September um acht Prozent geringer als im Juli, jedoch noch immer höher als 1½ Millionen war; 13,3 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder waren im August arbeitslos gegenüber 10 Prozent im April, aber einzelne Industriezweige, besonders die Textilindustrie, sind in weit schlechterer Lage. Dagegen erhöhte sich die Arbeitslosenziffer in Dänemark, wo sie Mitte August mit 43 800 um 52 Prozent, die des Vorjahres übertraf, ähnlich in Norwegen, wo Mitte August 16 700 Arbeitslose gezählt wurden, was eine Zunahme gegenüber dem Vormonat von zwei Prozent, gegenüber August vorigen Jahres von 80 Prozent, bedeutet. In der Tschechoslowakei verschärfte sich die Wirtschaftskrise besonders in der Textil- und Metallindustrie weiter.

Die Zahl der Arbeitslosen wird auf 200 000 geschätzt. Auch in der Schweiz war die Arbeitsmarktlage ungünstig während in den anderen Ländern keine wesentlichen Veränderungen eingetreten sind.

In Bezug auf die Arbeitslosigkeit herrscht noch heute im Unternehmerlager die Meinung, die auch kürzlich auf dem Kongreß des Vereins für Sozialpolitik zum Ausdruck kam, dort jedoch die gründlichste Widerlegung erfuhr, daß die „Überhöhung der Löhne“ eine der wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit sei. Dem entsprechend versuchen die Unternehmer überall, mit dem Hinweis auf die Arbeitslosigkeit die

Löhne

zu drücken. Freilich, in dem Riesenkampf der englischen Bergarbeiter, der jetzt nach 22 Wochen in unermüdlicher Heftigkeit andauert, zeigt es sich immer deutlicher, daß es hier um mehr als um Lohn- und Arbeitszeitfragen geht: das weitestgehende Entgegenkommen der Arbeiter in diesen Streitpunkten — die Bergarbeiter schlugen zehnjährige Lohnherabsetzung auf den Stand von 1921 und die Einsetzung eines Schiedsgerichts, das auf Grund des Kohlenberichts ein nationales Abkommen ausarbeiten sollte, vor — wird von den Unternehmern glatt abgelehnt; es geht vielmehr um die Erhaltung der nationalen Einheit der Bergarbeiter und damit um die Aktionskraft der Gewerkschaft überhaupt. Daher lehnten die Bergarbeiter die distriktweise Regelung, welche die Regierung vorschlug, mit großer Mehrheit ab. Auch im Londoner Hafen kam es zu einem nach kurzer Zeit erfolgreich beendeten Streik von 2000 Arbeitern, weil die Dachbehörden die Hafentkontrolle durch die Gewerkschaftsbeamten nicht gestatten wollten. Im Bergbau Polens wurde in letzter Stunde ein großer Streik verhütet, indem die Unternehmer in eine achtprozentige Lohnherabsetzung willigten, während allerdings die Gewerkschaften 25 Prozent gefordert hatten. Weniger günstig endete eine Ausperrung der Kohlenarbeiter in Jugoslawien, wo die Zechenbesitzer in einen 15prozentigen Preisabbau einwilligten, nachdem ihnen die Regierung nicht nur größere Aufträge, sondern auch die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde zusagte. — Auch in der Metallindustrie verschiedener Länder sind Lohnbewegungen erfolgt: In Brünn (Tschechoslowakei) waren über 2000 Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt; in Belgien wurde eine fünfprozentige Inflationslohnerhöhung durchgesetzt; in der französischen Metallindustrie fordern über 50 000 Arbeiter Anpassung der Löhne an die Teuerung; und in Oesterreich haben die Metallarbeiter der Heeresbetriebe Lohnforderungen gestellt, und die Arbeiter der elektrotechnischen Installationsindustrie sind wegen Lohnherabsetzungen in Ausland getreten; ferner droht in Desterreich, da die Regierung die Gehaltsverhandlungen mit den Bundesbeamten immer weiter hinausgezögert, ein Streik der Bundesbeamten auszubrechen. Nur die österreichische Postgewerkschaft konnte endlich von der Regierung die Festsetzung eines Mindestgehalts von 160 Schilling erreichen. Auch die französischen Beamten, deren Gehälter infolge der Inflation kaum die Hälfte der Vorkriegszeit betragen, verlangen jetzt schleunige Gehaltserhöhungen, wie sich überhaupt in Frankreich, ebenso in Belgien, die Arbeiter immer aufs neue durch Streik gegen eine völlige Ausperrung durch die Inflation wehren müssen, zurecht z. B. die Bauarbeiter von Roubaix-Tourcoing. Der Streik von fast 5000 Hafenarbeitern in Dänemark jedoch, der seit Anfang Juni andauert, wird außer um Lohnherabsetzung noch um den Ausschluß Nichtorganisierter von den Hafnarbeitern geführt.

Die Lohnkämpfe machen sich zum Teil dadurch besonders nötig, daß die

Proletarischer Bildungshunger.

Nach dem Kriege lebte eine gewaltige kulturelle Bewegung im deutschen arbeitenden Volke ein. Überall regte sich Bildungswollen. Von einem großen Bildungshunger schienen alle Kreise des Volkes erfüllt zu sein.

Diesem Aufbrausen folgte vielfach eine gewisse Ermüderung. Man zweifelt heute an einem allgemeinen Bildungshunger. Man sieht in vielen Fällen in stark beleuchteten Massenverfammlungen eine Befriedigung der Sensationslust, vom Thema hervorgehoben. Da man ist gar geneigt, die große Masse in Zukunft nur nebenher kulturell zu bilden, und man will als wesentliches nächstes und einzig praktisch erfolgreiches die Heranbildung einer gewissen geistigen Führerschaft als des geistigen Rückgrates der proletarischen Bewegung.

Daß ein solches Heranbilden von proletarischen Persönlichkeiten, die der Bewegung starke Zentren sein können, wertvoll ist, kann nicht zweifelhaft sein. Und doch ist volle proletarische Kulturarbeit nicht möglich ohne eine direkte Einbeziehung der Massen in das proletarische Bildungsstreben. So wie sich ein Volk von Analphabeten unterscheidet von einem Volke, in dem jeder als Kind die Schule besucht hat, genau so muß sich eine proletarische Bewegung ohne systematische Massenbildungsarbeit unterscheiden von einer Bewegung, in der jeder zum bewußten kulturellen Träger der Bewegung erzogen wird.

Wenn vielfach mit Recht Zweifel an dem Erfolge von Bildungsarbeit aufkommen, so liegt der Mißerfolg nicht an den Massen, sondern an der Art, mit der die Bildung diesen Massen nähergebracht werden sollte.

Das ist ohne Zweifel richtig: werte Massen wollen nicht wissen und lernen. Sie wollen nicht nur wissen und n u r

lernen. Das ist kein Fehler, kein geistiger Rückstand. Das hängt zusammen mit dem Wesen des Volkes, mit seiner inneren Psyche, in der das Erlebnisbedürfnis eine große Rolle spielt. Unsere Bildungsarbeit war einseitig. Sie wollte lehren. Sie wandte sich an den Verstand. Sie ließ das Gemüt des Volkes kalt. Sie ließ unberücksichtigt das Bedürfnis des Volkes nach einem Einbeziehen von allem Wissen in den großen ethischen Weltgedanken.

Unsere Bildungsarbeit war zu wenig universal. Wohl beschäftigte sie sich mit allen Gebieten, aber ohne das letzte Gemeinsame, das seine Wurzel in dem ethischen Kern alles Wissens hat.

Das ist keine merkwürdige Eigenart beim Volke. So muß Bildung eben sein! Und wenn sich in den Massen heute oft eine Abwendung von aller Kulturarbeit findet, so ist das, neben dem wichtigen wirtschaftlichen Faktor, eine Mahnung an uns, eine Mahnung zur Prüfung und Neugestaltung der Bildungsaufgaben aus dem inneren Wesen des Volkes heraus.

Das, was das Volk sucht, das ist das große Bildungziel. Dieses Bedürfnis nach solcher Kultur des Geistes finden wir auch in den großen Trägern der Kultur. So war z. B. einem Goethe nach seinem eigenen Urteile alles verhasst, was ihn nur sein Wissen bereicherte, ohne ihn neu zu beleben.

Aber Geute und Volk sind verwandt. Nach dem Aussprüche des Geistes selbst. Und darum muß auch das Volk vom Wissen belebt sein. Es muß fühlen den künstlerisch-ethischen Kern, den jedes edle große Wissen haben muß, oder das Wissen geht an der Seele des Volkes vorbei.

Recht bezeichnend für die Notwendigkeit solch warmer lebendiger Bildungsart ist die Bedeutung des Bildes, die

sich heute auch im proletarischen „Austützungskampfe immer mehr zeigt. Mehr als alle Beratungen am Fabrikator nützt das Bild. Darum so auch gerade in letzter Zeit die Bilder zum Verfertigenlassen der Bedeutung und Notwendigkeit des Gewerkschaftskampfes. Unmittelbar fühlen wir da oft etwas, was in Wirklichkeit eine ganze große geistige Welt bedeutet: Wissen ist im tiefsten Grunde Erleben. Wissen hat seine gesunde Wurzel im ethisch-künstlerischen menschlichen Gefühl. Der Mensch ist im letzten Wesen eine einheitliche geschlossene Persönlichkeit von Herz und Hirn, und nur dann wird das Hirn befriedigt, wenn auch der warme, fühlende Mensch seine Berücksichtigung finden kann.

Bildung, die diese proletarische Seele nicht beachtet, ist selber nur eine Erforschung der nichternen, berechnenden, anhäufenden, nur intellektuellen kapitalistischen Verfallkultur. Nur revolutionäre Bildung ist Volksebildung. Volk ist in seinem Wesen vom bürgerlichen Aufklärung noch nicht erfüllt. Es hat Seele, schäumende Seele. Und mag der einzelne noch so absehnd gegen Wissen sein: eines hat er, Glauben, folgen Glauben an den Menschen, an Recht und Gerechtigkeit und an den Sieg des Guten.

Hier müssen wir ansetzen, um die Massen zu fassen, in allen Dingen und Beiziren. Aus dem Erleben zum Wissen. Der neue Mensch ist das letzte und höchste Ziel. Wozu müssen wir zunächst das wesentliche des einzelnen, und das ist keine ethische Persönlichkeit. Hier in diesem Glauben müssen wir rütteln und schütteln, und wie Lava muß sich dann ergießen diese künstlerisch-ethische Gut in alle Gebiete der Wissenschaften.

Es ist schwer, denn es ist revolutionär. Es ist ganz gegen das alte. Es ist etwas von der großartigen genialen Kultur der neuen Zeit. Aber wir müssen das Ziel sehen



Die kapitalistische Internationale.



Wer zerbricht ihre Macht? Die Internationale der Arbeit

Lebenshaltungskosten
eine steigende Tendenz aufweisen. Nicht nur in den Inflationsländern stiegen von Juli bis August die Lebenshaltungskosten — um 2½ Proz. in Frankreich, um 3 Proz. in Polen und um fast 13 Proz. in Luxemburg — sondern auch in Finnland erhöhte sich der Index um 3 Proz., und in der Tschechoslowakei stiegen die Ernährungskosten, während nennenswerte Verbilligungen, abgesehen von Ungarn, wo der Lebenshaltungsindex von Juli bis August d. J. um 2 Proz. sinkt, in keinem Land verzeichnet wurden.

Aus dem Gebiet der Sozialpolitik
sind eine Reihe von Kongressen zu erwähnen, die in den letzten Wochen stattfanden. Der Kongress des Vereins für Sozialpolitik beschäftigte sich mit Konjunkturfragen, mit Fragen der Lohnhöhe, der Sozialpolitik und der Bevölkerungspolitik; in letzterer Hinsicht wurde auf die Notwendigkeit und Möglichkeiten landwirtschaftlicher Siedlung vor allem durch Intensivierung hingewiesen. Auf der Tagung der Internationalen Vereinigung für Sozialpolitik wurde ein sozialpolitisches Programm, das die internationale Regelung der Arbeits- und Gehaltsbedingungen der Angestellten zum Gegenstand hat, angenommen und das Problem der Wahrung der erworbenen Rentenansprüche der Auswanderer, die finanzielle Gebarung der Sozialversicherungsinstitute u. ä. zur Sprache gebracht. Der internationale Städtebaukongress in Wien erwidelt beiführend die Kleinhaus- und Gartensiedlungen und forderte zu diesem Zweck eine Vermehrung des städtischen Grundbestandes und eine kommunale Planwirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot liegen gegenwärtig dem französischen Parlament zwei Gesetzentwürfe vor, durch die eine Steuer auf die Wohnungen von Ausländern festgelegt und der steuerfreie Mietbetrag für mehrköpfige Familien geregelt werden soll. In Frankreich wurde ferner kürzlich von den Gewerkschaften ein Gesetzentwurf, der die Gewährung von Familienzulagen in Aussicht

nimmt, eingebracht. — In Australien fand zu Beginn des vorigen Monats eine Volksabstimmung statt, durch welche der reaktionären Bundesregierung außerordentliche Vollmachten in wirtschaftlichen Notfällen (Streiks) verliehen, die industrielle Schiedsgerichtsbarkeit den Bundesgerichten zugeprochen und die 44-Stunden-Woche beseitigt werden sollte. Alle drei Anträge wurden abgelehnt. E. T.

Die Partei der Gewerkschafter.

Die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse.
Die sozialdemokratische Werbewoche vom 16. bis 24. Oktober gibt Anlaß zu einigen Betrachtungen über die Partei selbst hauptsächlich aber über die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse für die Gewerkschafter. Jeder freilorganisierte Arbeiter weiß, welche Unterstützung er und sein Verband durch das Arbeiterblatt genießt und doch könnte das Wirken der sozialdemokratischen Presse für die Arbeiterschaft noch viel segensreicher sein, würde sie ganz allgemein auch von den Arbeitern unterstützt. Aber daran gerichtet es noch in bedenklichem Maße. Leider erinnern sich die meisten Arbeiter ihrer treuen Helferin erst dann, wenn sie zwischen dem Teufel und der tiefen See eingezwängt sind. Sonst aber lesen sie bürgerliche Zeitungen. Sonst tragen sie ihre sauer verdienten Groschen zur kapitalistischen Presse. Auf solch namenlos törichtem Tun beruht ein erheblicher Teil der Macht des Feindes der Arbeiterschaft. Der Daseinszweck der kapitalistischen Presse, die Unterdrückung und die Ausbeutung des Proletariats zu verewigen, wird durch ihre Arbeiterleser nachdrücklich gefördert. Und diese helfen ihre Not und ihre Fesseln verstärken. Darum ist die nur zu berechtigten Klage über lange Arbeitszeit und schlechte Bezahlung über Erwerbslosigkeit und unerschwingliche Preise, über soziale Ungerechtigkeit und politische Machtlosigkeit im Grunde eine Anklage gegen die Arbeiter, die das gewaltige Machtmittel des Kapitalismus, seine Presse, unterstützen.

Wenn nur erst einmal alle Arbeiter auf das Lesen und Bezahlen der ihnen feindlichen Presse ver-

zichten wollten, ein unendlicher Gewinn wäre zu verzeichnen: tausende von Giftsprühen wären zerbrochen, die so reich sprudelnde Lügenquelle wäre ungefährlich gemacht und deren Stellung in Staat und Wirtschaft wäre eine bedeutend günstigere. Daß dieser vielgestaltige Gewinn noch nicht zu verzeichnen ist, liegt an der Einflüchtigkeit zahlreicher Arbeiterschichten. Sie sind schuld daran, daß es erst 176 sozialdemokratische Zeitungen gibt, denen mehr als 3000 bürgerliche gegenüberstehen. Diese sind vermöge ihrer weiten Verbreitung leicht imstande, in den unteren Schichten die Untertanenlosigkeit wachzuhalten, die proletarische Jugend mordspatriotisch zu vergiften und den Geist der Arbeiterschaft zu verwirren, kurz die wesentlichen Vorbedingungen für die Erhaltung des Zustandes der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse zu erfüllen.

Nun hat gewiß die sozialdemokratische Presse dem unheilvollen Einfluß der kapitalistischen Zeitungen erfolgreich entgegengetrieben. Sie hätte jedoch noch viel erfolgreicher sein können, wenn sie von denen, für die sie wirkt, viel allgemeiner unterstützt worden wäre. Damit sie ihren Daseinszweck voll zu erfüllen vermag, muß jeder Arbeiter und Angestellte seine Pflicht ihr gegenüber voll erfüllen. Insbesondere muß jeder Gewerkschafter Leser einer sozialdemokratischen Zeitung sein. Diese Selbstverständlichkeit sollte jedem Verbandsmitglied eingeblut werden.

Das oben Gesagte gilt für die Sozialdemokratische Partei überhaupt. Ohne eine einflussreiche Sozialdemokratische Partei ist die Hoffnung der Proletarier auf endliche Befreiung umsonst und das gewerkschaftliche Streben bleibt dazu verdammt, nur Stückwerk zu sein. In der Tat. Das Maß der gewerkschaftlichen Erfolge wird von dem Auf und Nieder des wirtschaftlichen Zustandes beeinflusst. In Zeiten wirtschaftlicher Blüte, ist es der Gewerkschaft verhältnismäßig leicht, Forderungen durchzusetzen. Das Ertrugene wird jedoch gefährdet, kann wieder verlorengehen in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, wenn die Arbeitslosigkeit größeren Umfang annimmt und die wirtschaftliche Unentbehrlichkeit der Arbeiterschaft in beschränkterem Grade gilt. Ein treffliches Mittel, das gewerkschaftliche Ertrugene auch über die wirtschaftlichen Regentage hinaus zu sichern, ist die gesellschaftliche Festlegung. Nicht nur das. Eine Reihe wichtiger gewerkschaftlicher Forderungen wie Arbeiterschutz, Sozialversicherung, Steuerermäßigung, Versammlungsrecht, Erwerbslosenfürsorge und ähnliches mehr sind nur durch die Gesetzgebung zu verwirklichen. An jene Festlegung wie an die Gesetzgebung ist insbesondere nicht zu denken, ohne eine starke Sozialdemokratische Partei.

Einen schlagenden Beweis für die Nützlichkeit der Sozialdemokratischen Partei liefert die Stadt Wien. In dieser Großstadt, wo seit Menschengedenken die Rückständigkeit Trumpf war, ist eine mustergültige soziale Fürsorge geschaffen worden, seitdem dort die Sozialdemokratie die Mehrheit hat. So wohnen dort die unteren Schichten jetzt nachhergeordnet bloß 2 Proz. der Friedensmiete, die mit der sozialen Stellung oder dem Einkommen allmählich steigt. Der Mietausfall wird durch eine Wohnbausteuer gedeckt. Wer sich Dienftboten oder Kurusautomobile oder den Besuch von vornehmen Gaststätten leisten kann, der muß dafür entsprechend Steuern. Andererseits sind die öffentlichen Dienste wie Gas, Wasser und Licht überaus billig. In Deutschland aber zahlt selbst der ärmste Mieter 104 Proz. der Friedensmiete, die öffentlichen Dienste sind nicht gerade billig, es muß noch immer kein Reicher für seine Dienftboten Steuer zahlen, sondern den Besitzlosen ist der Löwenanteil an der Steuerlast aufgebürdet.

und den Weg, und dann herangehen an die neue Arbeit mit dem schönsten Mute und dem stolzesten Hoffen, denn daß das Volk alt Zeit der Bildung ablehnt, zeigt, daß es zur großen, genialen, revolutionären Kultur berufen ist.

Das gilt für die proletarische Bewegung im ganzen wie für die Gewerkschaftsbewegung im besonderen. Nicht der ist der beste Gewerkschaftsgenosse, der Wände von Wissen erlernt hat und dann in falschem Stolze auf seine scheinbare Überlegenheit vielfach im Verbanne nur nörgelt. Die kämpferische Treue steht höher, der eheliche Kämpferwert. Unbeflegbar ist der Gedanke, der in den Herzen als stittliche Überzeugung tief verankert ist. Das gilt für jeden, wie für den gewerkschaftlichen Kampf.

Wer nur lernt, auch in Arbeitsgemeinschaften, bewegt sich in der Bildungslinie der alten Welt. Die neue Bildung ist Erlebnisbildung, die neue Kultur ist Erlebniskultur. Der neue Mensch ist das A und O der proletarischen Bewegung, und der kann nicht sein ohne die Kultur der stittlichen Durchgeistigung.

Dr. Gustav Hoffmann.

Soziale Not und Familie.

Anfang dieses Jahres haben Berliner Schulkärzte die gesundheitlichen Untersuchungen der Vorknaben im Berliner Verwaltungsbezirk Wedding, dem zweitgrößten Berliner Bezirk, benutzt, um einmal die Kinderzahl in den proletarischen Familien statistisch zu erfassen. Es handelt sich bei dieser sozial wie bevölkerungspolitisch wertvollen Untersuchung um einen Bezirk mit etwa 350 000 überwiegend proletarischen Einwohnern mit 19 Gemeindefschulen und etwa 1600 Kindern des betreffenden Jahrgangs.

Die 1582 Familien, auf die sich die Untersuchung erstreckte, hatten, wie Dr. Benjamin hierüber in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege berichtet, 3195 lebende Kinder, so daß auf jede Familie im Durchschnitt 2,09 Kinder kamen.

Besonders wertvoll ist die Feststellung, daß eine große Kinderzahl im allgemeinen mit ungünstiger sozialer Lage parallel geht. Auf die Familie kamen in einem sozial besonders elenden Teil des Bezirks z. B. 2,11 Kinder gegen nur 1,91 in Strahenzügen mit besseren Wohnverhältnissen und sozial besser gestellter Arbeiterschaft.

Wenn natürlich auch diese heutige wirtschaftlich schwere Zeit in manchen Menschen noch einen gesunden, starken, bewussten Drang nach Familie vorhanden sein läßt, so ist der auffallende Parallelismus zwischen Not und Kinderreichtum doch ein Beweis für ein dumpfes Dahinvegetieren breiter Massen. Als bewußter kultureller Wille ist er im allgemeinen nicht anzufehen.

Wie die Not hier im schlimmsten Grade zahlreiche Kinder werden ließ, so hat sie doch andererseits eine Einschränkung der Familie herbeigeführt. In 75 Proz. der Proletarierfamilien mit einer Durchschnittsdauer der Ehe von über sechs Jahren waren nur ein oder zwei lebende Kinder vorhanden.

Daß die zahlreiche Jugend, die in jenem sozialen Elend aufwächst, eine gesunde Zukunft bedeutet, wird nicht behauptet werden. Und daß die Eltern sich auf die Sorgen mancher Bevölkerungspolitiker hin zu Kinderreichtum entschließen, wird auch niemand annehmen. Die sozialen Verhältnisse sind es also in jedem Falle, die für die Zukunft unseres Volkes bestimmend sind, und wenn das gesunde Wachstum unseres Volkes wirklich ernstlich am Herzen liegt, der sollte darum zunächst einmal einer Besserung der sozialen Lebensbedingungen sein Interesse zuwenden.

